

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen David Egger-Kranzinger,

Genossinnen und Genossen

betreffend **Preisdeckel für Gas und Strom und Übergewinnsteuern für Energiekonzerne**

eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Bundesrätinnen und Bundesräte Mag.^a Bettina Lancaster, David Egger-Kranzinger, Dominik Reisinger, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Daseinsvorsorge in Gefahr – Herr Finanzminister, was tun Sie für die Städte und Gemeinden in der Teuerungskrise?“.

Die Strompreisbremse der Bundesregierung greift zu kurz. Die Wurzel des Problems sind die hohen Gaspreise. Diese belasten nicht nur Wirtschaft und Industrie, sondern genauso die Haushalte. Menschen, die auf die Gasheizung angewiesen sind, stehen aktuell vor finanziell unlösbaren Problemen. Die monatlichen Rechnungen sind um 500% und mehr gestiegen. Ganz konkrete Beispiele zeigen, dass das für viele Menschen den wirtschaftlichen Ruin bedeutet. Die Mittelschicht in Österreich droht bei diesen Preisen zu verarmen. Für ein Einfamilienhaus steigt die jährliche Gasrechnung um bis zu 5.000 Euro. Wir reden darüber, dass Menschen zwei bis drei Monatsgehälter aufwenden müssen, nur um die zusätzlichen Kosten für das Gas zu bezahlen. Dabei sind die gestiegenen Kosten für Treibstoffe, Nahrungsmittel und vieler anderer Güter noch gar nicht berücksichtigt. Diese Entwicklung ist absolut untragbar. Gleichzeitig gibt es in der aktuellen Situation Krisengewinner. Energiekonzerne in Österreich machen Übergewinne in Milliardenhöhe. Schätzungen gehen davon aus, dass alleine im Jahr 2022 Übergewinne in der Größenordnung von 4 bis 6 Milliarden Euro in Österreich anfallen.

Die Strompreisbremse hat also zwei Schwachstellen.

- 1) Sie lässt die Frage der nicht mehr leistbaren Gaspreise für Menschen und Wirtschaft unbeantwortet – in Deutschland reagiert die Politik bereits darauf.
- 2) Die Menschen müssen sich die Strompreisbremse selbst bezahlen. Denn bis dato verzichtet die Regierung auf Übergewinnsteuern für große Energiekonzerne.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort mit den Vorbereitungshandlungen für einen nationalen Gaspreisdeckel bzw. eine nationale Gaspreisbremse zu beginnen und dem Nationalrat sowie dem Bundesrat so schnell wie möglich einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der geeignet ist, die Preise für Strom- und Gas für Haushalte, Wirtschaft und Industrie erheblich zu senken und gleichzeitig eine Gegenfinanzierung durch eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne sicherstellt.“

Bettina Lancaster
Dominik Reisinger

D. Egger-Kranzinger

